

Pressedienst Nr. 16427
Montag, 05. Dezember 2022

Nasa-Satellitendaten: Russland erntete ukrainischen Weizen in Milliardenhöhe	1
EEÖ zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz: Aufschub ist fatales Signal	1
US-Angebot für OMV-Sparte: NÖ Bauernbund fordert Investitionsschutzgesetz	2
75 Jahre Forschungsanstalt Raumberg-Gumpenstein	3
EU-Schlachtrindermarkt: Fokus liegt auf männlichen Tieren	4
LK Wien: Versorgung mit Lebensmitteln steht an erster Stelle	5
Kinderbetreuungsgipfel am 10. Jänner 2023 in der Wiener Hofburg	6
Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben in NÖ erhalten 7,75% mehr Lohn	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Nasa-Satellitendaten: Russland erntete ukrainischen Weizen in Milliardenhöhe

5,8 Mio. t von Feldern, die nicht unter der Kontrolle der Ukraine liegen

Kiew/Moskau, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - Russland hat laut der US-Raumfahrtbehörde Nasa heuer wohl 5,8 Mio. t Weizen im Wert von rund 1 Mrd. US-Dollar (rund 950 Mio. Euro) von ukrainischen Feldern geerntet, die nicht unter der Kontrolle des Landes liegen. Das teilte Nasa Harvest mit, das Ernährungssicherheits- und Landwirtschaftsprogramm der US-Raumfahrtbehörde. Für die Erhebung nutzt Nasa Harvest gemeinsam mit mehreren Partnerinstitutionen Satellitendaten und Modellierungen.

Insgesamt seien auf ukrainischem Gebiet in diesem Jahr bisher rund 26,6 Mio. t geerntet worden und damit deutlich mehr als zuvor vorhergesagt, schätzen die an dem Forschungsprojekt beteiligten Wissenschaftler laut APA. Das sei zwar weniger als die Rekordernte von 33 Mio. t im Vorjahr, aber nahe am Durchschnitt. Zu 22% des Weizens im östlichen Teil des Landes habe die Ukraine aber wegen des Krieges keinen Zugang gehabt. Insgesamt seien rund 88% der Saat geerntet worden, bei vielen Feldern an den Frontlinien sei das scheinbar nicht der Fall gewesen.

Die Ukraine hat nach Daten des Landwirtschaftsministeriums in der Saison 2022/2023 bisher 29,6% weniger Getreide ausgeführt als in der vorherigen Saison. Insgesamt exportierte die Ukraine 18,1 Mio. t Weizen, Mais und Gerste. In der vorherigen Saison waren es noch 25,8 Mio. t. Wegen der russischen Invasion waren drei ukrainische Schwarzmeerhäfen fast sechs Monate blockiert.

Nach Angaben der Regierung könnte die Ukraine in diesem Jahr etwa 51 Mio. t Getreide ernten. Im Jahr 2021 hatte die Ernte noch einen Rekord von 86 Mio. t erreicht. Seitdem hat die Ukraine jedoch wegen des Kriegs Agrarland verloren und geringere Erträge erzielt. (Schluss)

EEÖ zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz: Aufschub ist fatales Signal

Mit fehlender Entscheidung im Nationalrat bleibt Ausstieg aus Gas und Öl fraglich

Wien, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - Mit großem Unverständnis reagiert der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) auf Medienberichte, in denen von einer möglichen Vertagung der Beschlussfassung zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) berichtet wird: "In der aktuellen Energiekrise ist es fahrlässig, den Aufbruch in eine neue und nachhaltige Wärmeversorgung abermals zu verschieben. Der Ausstieg aus Gas und Öl ist der einzige Weg, um unsere Energieversorgung zukünftig zu stabilen Preisen abzusichern", hält **Martina Prectl-Grundnig**, Geschäftsführerin des EEÖ, fest. Dieses für die Wärmewende so wichtige Gesetz befinde sich seit Monaten in Vorbereitung und wurde bereits durch den Ministerrat verabschiedet. "Nun wird es auf den letzten Metern nochmal angehalten. Offensichtlich kommt es heuer zu keiner Beschlussfassung mehr im Nationalrat", zeigt sich Prectl-Grundnig verwundert.

Weiteres Beispiel für Verschleppung der Energiewende

Während allerorts über eine notwendige Beschleunigung der Energiewende gesprochen wird, zeige die Realität leider ein anderes Bild. Mehrere notwendige Gesetzesvorhaben schafften es nicht auf die Tagesordnung der letzten Plenarsitzung in diesem Jahr. Offensichtlich ereile die im Sommer in Begutachtung geschickte Novelle des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dasselbe Schicksal wie das Wärmegesetz. Dazu stellt Prechtl-Grundnig fest: "Bewahrheiten sich die Medienberichte, dann ist das eine traurige Jahresbilanz. Im Zusammenhang mit den Erneuerbaren wäre somit seit Kriegsbeginn in der Ukraine im österreichischen Parlament als erstes und einziges Gesetz jenes zur Umsatzbeschränkung bei Erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen verabschiedet worden - abgesehen von ein paar kleineren Novellierungen des im letzten Jahr beschlossenen Erneuerbaren Ausbaugesetzes", stellt Prechtl-Grundnig fest. Eine Erklärung für das schleppende Tempo wird in den Medien und von anderen Seiten in Diskrepanzen bei den Regierungspartnern gefunden, wie auch bei einer nicht sichergestellten Zustimmung der Oppositionsparteien für eine Zweidrittelmehrheit.

"Man würde meinen, dass in der kritischen Energielage, in der wir uns befinden, es nicht so schwer sein dürfte, die wichtigen Energiewendegesetze zu verabschieden. Dazu bräuchte es einfach nur noch etwas guten Willen. Denn die Entwürfe zu einigen Gesetzen werden ja gemacht, manche schaffen es sogar in die Begutachtung oder gar in den Ministerrat. Über die Ziellinie kommen sie dann aber nicht. Offensichtlich ist der Wille doch nicht bei allen gleich stark gegeben. Dabei wird nicht nur bei allen Parteien, sondern auch bei den einst so skeptischen Wirtschaftsvertretungen die notwendige Energiewende vielfach beschworen. Gibt es etwa Wölfe im Schafspelz?", ringt Prechtl-Grundnig nach Erklärungsversuchen und fordert Transparenz. (Schluss)

US-Angebot für OMV-Sparte: NÖ Bauernbund fordert Investitionsschutzgesetz

Rahmenbedingungen für systemrelevante Infrastruktur müssen sich ändern

St. Pölten, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - Medienberichte, denen zufolge der US-Finanzinvestor Carlyle ein Angebot für die Öl- und Gasproduktion der OMV plant, lassen beim NÖ Bauernbund mit Obmann LH-Stv. **Stephan Pernkopf** und Direktor **Paul Nemecek** die Alarmglocken schrillen. Besonders, dass OMV-CEO Alfred Stern "klar keinen Versorgungsauftrag der OMV" sieht, werten Pernkopf und Nemecek als Affront und Eklat gegenüber dem größten Aktionär, der Staatsholding ÖBAG, die 31,5% an dem der OMV hält.

"Diese Arbeitsauffassung ist für uns mehr als bedenklich. Es zeigt deutlich die Arbeitsweise in der OMV auf und ist klares Zeichen, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für systemrelevante Infrastruktur grundlegend ändern müssen. Wir fordern ein starkes Investitionsschutzgesetz nach französischem Vorbild zum Schutz der kritischen und systemrelevanten Infrastruktur", verdeutlichen Pernkopf und Nemecek. Dabei hatte Finanzminister Magnus Brunner nach Bekanntwerden des Angebots klargestellt, dass er sich "nur schwer vorstellen kann, dass ein Finanzinvestor dabei helfen wird, die Versorgungssicherheit in Österreich abzusichern".

ÖBAG ist jetzt am Zug

Nun sei ÖBAG-Chefin Edith Hlawati am Zug und müsse Stern einbestellen. Ebenso müssten die ÖBAG-Vertreter im OMV Aufsichtsrat Sterns Äußerungen thematisieren und kritisch hinterfragen. Gegenüber der österreichischen Bevölkerung sei diese Arbeitsauffassung nicht vertretbar. "Bestätigt wird dies durch eine aktuelle Umfrage des IFDD im Auftrag der Kronen Zeitung. Hier sprechen sich 76% der Österreicherinnen und Österreicher dafür aus, dass die systemrelevante Infrastruktur, beispielsweise in den Bereichen Energie, Telefonie und auch Düngemittel, in staatlicher Hand behalten werden soll", erklären Pernkopf und Nemecek weiter.

Neben dem geplanten Teilverkauf der OMV sorgt auch der im Juni angekündigte Borealis-Deal für Unmut bei Niederösterreichs Bauern. "Während die Öl- und Gasproduktion die Bevölkerung direkt durch die Versorgung mit Diesel und Benzin betrifft, sorgt die Düngemittelsparte der Borealis durch die in der Landwirtschaft notwendigen Arbeitsmittel für volle Regale in den Supermärkten. Beides will die OMV nun unüberlegt und ohne Berücksichtigung der daraus folgenden Gefahren für Österreich und die Versorgungssicherheit ins Ausland ausverkaufen", zeigen Pernkopf und Nemecek besorgt auf. (Schluss)

75 Jahre Forschungsanstalt Raumberg-Gumpenstein

Wissenschaftler arbeiten an Themen der Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung

Raumberg-Gumpenstein, 5. November 2022 (aiz.info). - Seit bereits 75 Jahren werden an der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt Raumberg-Gumpenstein wissenschaftliche Forschungsarbeiten durchgeführt. Das Jubiläum wurde Ende vergangener Woche mit zahlreichen Ehrengästen aus Forschung, Bildung, Beratung, Politik und der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen gebührend gefeiert. Direktor Johann Gasteiner und Institutsleiter Andreas Steinwider konnten etwa auch Bundesminister **Norbert Totschnig** begrüßen, der in seiner Ansprache die hohe Qualität und die internationale Anerkennung der Arbeiten aus dem Haus Raumberg-Gumpenstein hervorhob.

"Die HBLFA Raumberg-Gumpenstein ist ein Paradebeispiel für die erfolgreiche Kombination aus Bildung und Forschung - und das seit 75 Jahren. Wissen nützt niemanden etwas, wenn es nicht weitergegeben wird. Durch innovative Forschungsergebnisse bekommen unsere Bäuerinnen und Bauern neue Perspektiven. Durch eine fundierte Ausbildung werden unseren Absolventinnen und Absolventen beste Voraussetzungen für einen guten Start ins Berufsleben gegeben. Ich gratuliere herzlich zum 75-jährigen Jubiläum und wünsche der HBLFA Raumberg-Gumpenstein auch in Zukunft viel Erfolg in ihren wertvollen Arbeiten für unsere gesamte Gesellschaft."

An der HBLFA Raumberg-Gumpenstein wird heute in vier Forschungsinstituten und in übergreifenden Arbeitsgruppen an den wichtigen Fragen, welche die Landwirtschaft, die Lebensmittelerzeugung und Gesellschaft beschäftigen, geforscht. Die größte Forschungsdienststelle des Landwirtschaftsministeriums zeichnet die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Projektpartnern besonders aus, wird betont. Aktuell wird in 97 Forschungsprojekten und elf EU-Projekten an Innovationen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum gearbeitet. Der fachliche Bogen spannt sich von der Ökoeffizienz bis zum Tierwohl, von der Biodiversität bis zum Erhalt der Kulturlandschaft, von der Emissionsminderung bis zu Möglichkeiten der

Klimawandel-Anpassung und von der Bio-Landwirtschaft sowie der regionalen Lebensmittelversorgung bis zur Absicherung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Die Einbindung der Praxis, die rasche Umsetzung der Ergebnisse und der enge Austausch zwischen Lehre und Forschung werden intensiv gelebt, heißt es weiter.

Begleiter der Landwirtschaft

Die Forschungseinrichtungen in Raumberg-Gumpenstein wurden 1947 als Bundesdienststelle gegründet. In den Aufbaujahren standen Fragen zur Intensivierung der Produktion und schrittweisen Technisierung der Landwirtschaft sowie zur Erhöhung der Lebensmittelversorgung und Ertragssteigerung im Fokus. Zunehmend wurden aber auch Fragestellungen zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität, der pflanzlichen Vielfalt und Lebensmittelqualität sowie der Tiergerechtigkeit von Haltungssystemen bearbeitet. Schwerpunkte stellten damals auch die Wurzelforschung, neue Zuchtmethoden bei Rindern sowie die Beurteilung der Grundfutterqualität und die Prüfung von grünlandbasierten Fütterungsstrategien bei Wiederkäuern dar. In Folge kam es zu wichtigen Öffnungs- und Modernisierungsschritten. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Fokus liegt auf männlichen Tieren

Notierungen in Österreich unverändert

Wien, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - Der Rindfleischmarkt gestaltet sich ähnlich zur Vorwoche. Der Fokus liegt weiterhin auf den männlichen Kategorien. In Deutschland ist der Handel mit Jungstieren aufgrund der Weihnachtsfeiertage zügig. Dementsprechend lassen sich auch die angebotenen Tiere flott vermarkten. Nur vereinzelt fordern Schlachtunternehmen nachgebende Preise. Anders sieht es bei den weiblichen Kategorien aus, wo der Druck anhält. Das Angebot an Kühen hat zuletzt zwar zugenommen, der Fleischmarkt bietet aber kaum Impulse, teilt die Rinderbörse mit.

Eine ähnliche Situation herrscht in Österreich, wobei sich das Angebot an Jungstieren zur Nachfrage die Waage hält. Es dürfte sich im Lebensmitteleinzelhandel aufgrund der vergleichsweise hohen Preise von Rindfleisch und der Kaufzurückhaltung mittelfristig aber eine etwas schwächere Nachfrage einpendeln. Der Großhandel und Tourismus funktionieren nach wie vor sehr gut und wirken für die Nachfrage belebend. Die Preise sind stabil. Anders stellt es sich bei Schlachtkühen dar. Das Angebot steigt etwas, die Nachfrage bietet jedoch kaum Impulse. Vor allem im Export herrscht ein Preisdruck. Bei Redaktionsschluss konnte für diese Kategorie noch nicht mit allen Marktteilnehmern eine Preiseinigung erzielt werden. Die Schlachtkälber notieren gleich zur Vorwoche.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 abermals mit einem Preis von 4,72 Euro/kg Schlachtgewicht, für Kalbinnen werden wiederum 4,16 Euro/kg erwartet. Auch die Notierung für Schlachtkälber bleibt mit 7,15 Euro/kg unverändert. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

LK Wien: Versorgung mit Lebensmitteln steht an erster Stelle

Windisch plädiert für Green Deal-Folgenabschätzung

Wien, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - In der jüngsten Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Wien betonte LK Wien-Präsident **Franz Windisch** die Bedeutung der Wiener Stadtlandwirtschaft für die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. "Zwei Jahre Corona-Pandemie und der nun seit Februar anhaltende Krieg in der Ukraine haben die Stimmung in der Bevölkerung grundlegend verändert: Die Menschen wollen heute mehr denn je eine sichere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Das steht auch für uns an erster Stelle. Die Wiener Bäuerinnen und Bauern sind in der Lage, diesen Wunsch zu erfüllen. Dafür müssen jedoch die Rahmenbedingungen sowohl in Brüssel als auch in Wien stimmen, was derzeit nicht in allen Bereichen der Fall ist", führte Windisch aus.

Konkret verlangte Windisch eine dringende Revision der aus der Vorkrisenzeit stammenden radikalen Reduktionspläne bei Dünger- und Pflanzenschutzmitteln: "In einer Zeit, in der Lebensmittel knapp und teuer sind, die Produktionsbedingungen so zu verschlechtern, dass noch weniger Lebensmittel erzeugt werden können, ist verantwortungslos. Denn auf diese Weise wird Ernährung noch teurer. Und was hilft es der Umwelt, wenn bei uns weniger produziert wird, dafür aber der Regenwald in Übersee brennt, damit dort die Nahrung für Europa angebaut werden kann. Wir fordern von der Europäischen Kommission rasch eine objektive Folgenabschätzung, welche Auswirkungen die Dünger- und Pflanzenschutz-Reduktionspläne des Green Deal insgesamt haben werden."

Landwirtschaftsflächen und Produktion in Wien sichern

In den vergangenen zehn Jahren sei in Wien sowohl die Anzahl der Betriebe als auch die Fläche um jährlich 1 bis 2% gesunken. Das sei auf Dauer für die Versorgung der Stadtbevölkerung problematisch. "Wir müssen sowohl Flächen als auch die Produktion durch klare Regeln absichern. Im Moment stehen wir jedoch vor dem Problem, dass seitens des Naturschutzes restriktive Vorstellungen vorliegen, die eine Weiterentwicklung unserer Betriebe erschweren, was eindeutig negative Auswirkungen auf die Versorgung der Stadt haben wird. Wir hoffen, in weiteren intensiven Gesprächen einen gangbaren Weg für einen wirksamen Naturschutz und gleichzeitig eine effektive Landwirtschaft zu erreichen", so der LK Wien-Präsident.

Mit 1. Jänner 2023 tritt die neue EU-Agrarpolitik (GAP) in Kraft. Die Interessenvertretung habe in harten Verhandlungen einige wesentliche Punkte für die Wiener Landwirtschaft sicherstellen können, stellte Windisch in seinem Bericht weiter fest. So sei der Nützlichereinsatz im geschützten Anbau auch weiterhin möglich, es gebe ein speziell auf Wien ausgerichtetes Programm für Humusaufbau und Erosionsschutz auf Wiener Ackerflächen und es könnten die Investitionsförderungsregeln verbessert und die Geldmittel für die Kofinanzierung in Bund und Land vollständig abgesichert werden. "Unsere Landwirte, Gärtner und Weinbauern können wieder jeden Cent aus Brüssel abholen, die Kofinanzierung ist gesichert", dankte Windisch den zuständigen Stellen auf der Bundes- und Landesebene.

Nächste Kammerwahl im März 2023

Die LK Wien wählt alle fünf Jahre ihre Vollversammlung neu. Dies wird wieder kommenden März der Fall sein. In diesem Zusammenhang hob Windisch, der die 30. Sitzung in seiner Ära als LK-Präsident

leitete, die Leistungen der bäuerlichen Interessenvertretung insgesamt hervor. Im Hinblick auf die Funktionärinnen und Funktionäre unterstrich er das konstruktive Klima, die Einigkeit in den wichtigsten Fragen über die Parteigrenzen hinweg, die Arbeit der Kammerräte als "Brückenkopf zu den Mitgliedern" und die kooperative Zusammenarbeit mit dem Land Wien und seinen Vertretern. Die Kammerorganisation selbst lobte die Arbeit von Windisch "auf höchstem Qualitätsstandard". So sei mit dem in der LK Wien ausgearbeiteten Strategiekonzept 2025 eine hervorragende Basis für eine künftige positive Entwicklung der Stadtlandwirtschaft gelegt worden. (Schluss)

Kinderbetreuungsgipfel am 10. Jänner 2023 in der Wiener Hofburg

Im Fokus steht die zukunftsorientierte Betreuung

Wien, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - In Anwesenheit von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer veranstalten die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung am 10. Jänner 2023 gemeinsam einen Tag im Zeichen von Kinderbildung und -betreuung.

Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gute Bildungschancen für jedes Kind, bessere Arbeitsmarktchancen, mehr Fachkräfte für Unternehmen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern geht.

Beim Kinderbetreuungsgipfel 2023 (10. Jänner 2023, 9:30 bis ca. 16:30 Uhr in der Wiener Hofburg) wird die zentrale Frage nach einer zukunftsorientierten Kinderbildung und -betreuung gestellt und mit Best-Practice-Beispielen gezeigt, welche erfolgreichen Initiativen es bereits heute gibt.

Anmeldung auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen möglich: www.baewerinnen.at/kinderbetreuungsgipfel. (Schluss)

Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben in NÖ erhalten 7,75% mehr Lohn

Rasche Einigung zwischen Landarbeiter- und Landwirtschaftskammer erzielt

St. Pölten, 5. Dezember 2022 (aiz.info). - Die NÖ Landarbeiterkammer (LAK) als Arbeitnehmervertreter und die NÖ Landwirtschaftskammer (LK) für die Arbeitgeberseite haben sich bereits in der ersten Kollektivvertragsverhandlungsrunde für bäuerliche Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer in Niederösterreich auf ein Gehaltsplus von 7,75% ab 1. Jänner 2023 geeinigt. Der kollektivvertragliche Mindestlohn für die niedrigste Einkommenskategorie der Erntearbeiter steigt damit auf 1.686,27 Euro. "Seit 2019 konnten wir damit eine Erhöhung des Mindestlohns um mehr als 18% erreichen", erklärte NÖ LAK-Präsident **Andreas Freistetter**

"Die Landarbeiterinnen und Landarbeiter leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag, die Versorgungssicherheit mit regionaler Lebensmittelproduktion in unserem Land zu gewährleisten. Wir freuen uns, dass wir den Beschäftigten mit einer ordentlichen Lohnerhöhung jene Wertschätzung entgegenbringen können, die sie sich auch verdienen. Die lösungsorientierten Verhandlungen und

der rasche Abschluss zeigen, dass sich die Menschen in unserem Land auf die Sozialpartnerschaft in der Landwirtschaft verlassen können", so Freistetter.

Im Kollektivvertrag für bäuerliche Dienstnehmer in NÖ sind die Arbeitsverhältnisse und Löhne sämtlicher unselbständig Beschäftigter in bäuerlichen Betrieben geregelt, dazu zählen nicht nur die klassischen Ernte- und Saisonarbeiter, sondern auch Traktorführer und kaufmännische Angestellte. Insgesamt sind in bäuerlichen Betrieben in Niederösterreich zirka 20.000 Dienstnehmer beschäftigt, viele davon in Weinbau- und Gemüseproduktionsbetrieben. Die Bandbreite reicht dabei vom Tagelöhner über das Verkaufspersonal in Direktvermarktungsbetrieben bis zum ganzjährig tätigen Facharbeiter. (Schluss)